

**Pränumerations-Preise:**  
 Für Laiba ch  
 Ganzjährig . . . 8 fl. 40 kr.  
 Halbjährig . . . 4 . 30 .  
 Vierteljährig . . . 2 . 30 .  
 Monatlich . . . . . 70 .  
 Mit der Post:  
 Ganzjährig . . . 11 fl. — kr.  
 Halbjährig . . . 5 . 50 .  
 Vierteljährig . . . 2 . 75 .  
 Die Bestellung ins Haus direct:  
 März 25 fr., monatlich 9 fr.  
 Capelle Nummern 6 fr.

# Laibacher Tagblatt.

**Redaction:**  
 Wapfenstraße Nr. 135.  
**Expedition und Inseraten:**  
 Bureau:  
 Congressplatz Nr. 81 (Buchhandlung  
 von J. v. Kleinmayr & F. Bamberg)  
**Inserationspreise:**  
 Für die einpaltige Fettschneide 3 fr.  
 bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr.  
 dreimal à 7 fr.  
 Inserationsstempel jedesmal 30 fr.  
 Bei größeren Inseraten und öfterer  
 Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

**Nr. 280.      Donnerstag, 5. Dezember 1872. — Morgen: Nikolaus B.      5. Jahrgang.**

## Ueber die Wirksamkeit der Staatsgewalt in sozialen und ökonomischen Fragen.

(Rede des Professors v. Sphel.)  
(Schluß.)

Redner führt vorstehende Gedanken in trefflicher Folgerung weiter aus und schließt diesen Abschnitt, den ganz wiederzugeben wir uns leider versagen müssen, mit folgenden Ausführungen: Die Erfüllung seiner individuellen Daseinszwecke, sowie seiner höheren Aufgaben ist für den Menschen nur unter der Leitung der Gemeinschaft erreichbar, und so entwickelt sich für ihn die Freiheit nur innerhalb der Entwicklung der Cultur und des Staates. Der Zweck des Staates ist Verwirklichung der Freiheit durch die Macht der Gemeinschaft. Als feste Rechtsregel erzwingt er die allgemeinen äußeren Voraussetzungen, unter welchen der freie Entschluß der Bürger zum sittlichen Leben ermöglicht und gesichert wird.

Wenn Sie dieser Darlegung der politischen Grundbegriffe zustimmen, so wird, hoffe ich, auch der weitere Satz Ihnen einleuchtend sein, daß es schlechterdings kein Gebiet des menschlichen Daseins gibt, wo der Staat nicht zur Lenkung berufen wäre. Es ist verkehrt, die Schranke der Staatsthätigkeit gleichsam räumlich nach Fächern ziehen, einige Lebensgebiete ihm öffnen, andere versperren zu wollen. Nicht möglichst wenig, sondern möglichst gut eingzugreifen, ist die richtige Regel des Staates. Das Gesetz der Freiheit fordert keineswegs, daß der Staat sich um gewisse Seiten unseres Daseins gar nicht kümmern, sondern daß er sie alle im Sinne und im Interesse der Freiheit be-

handle. Es ist einleuchtend, daß je nach der Beschaffenheit der einzelnen Lebensgebiete die Vorschriften bald eingehender, specieller, häufiger, bald weiter, elastischer, allgemeiner sein werden. Aber daß der Staat an irgend einer Stelle ganz absdankte, an irgend einer Stelle den Einzelnen völlig losprüche von der Pflicht gegen die Einzelnen, das wäre ein Widerspruch gegen die Gesetze der menschlichen Natur, gegen die Sitte und die Freiheit.

Wie Sie sehen, spreche ich überall von dem Staate, nicht von irgend einer besonderen Staatsbehörde. Es kommt mir an auf den Satz, daß in menschlichen Dingen Ordnung und Gedeihen mit dem Wegfall einer verständig gebietenden Leitung sofort zugrunde geht, bei der Entwicklung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse so gut wie bei der Verwaltung des Herrwesens oder bei der Einrichtung der Rechtspflege. Die weiteren Fragen, welche Personen diese Leitung übernehmen, mit welchen Mitteln sie dieselbe vollziehen, auf welche Weise sie ihre Ansicht über das Nothwendige und Erreichbare bilden, liegen außerhalb des nächsten Zweckes unserer Untersuchung. Niemand glaubt heute noch, daß ein hoher Staatsbeamter als solcher alle Lebensverhältnisse besser verstehe als die unmittelbar Beteiligten; was ihn hervorhebt, ist nichts als seine Aufgabe, die Unparteilichkeit seiner Stellung, die öffentliche Pflicht seines Amtes. Niemand leugnet, daß die Träger der Gesetzgebung und der Executive keinen wichtigen Schritt thun sollen, ehe die öffentliche Meinung und die Zustände der Gesellschaft das Bedürfnis desselben klar herausgestellt haben. Aber das wesentliche ist, daß, wenn einmal das Bedürfnis vorliegt, dann zu der durchgreifenden Erledigung desselben die Staatsgewalt überhaupt nicht nur befugt, sondern, auch

verpflichtet ist, daß die entgegengesetzte Ansicht, welche den Staat so weit wie möglich zur Ohnmacht verurtheilt, auf einer Verkennung der menschlichen Natur und Gemeinschaft beruht.

Redner widerlegt nun im einzelnen die Einwände, welche von zahlreichen Nationalökonomien der Thätigkeit der Staatsgewalt entgegengesetzt werden. Unter anderem erwidert er auf die Behauptung, daß die Leute auch ohne Einmischung des Staates durch Schaden schon klug werden würden: die historische Erfahrung lehre, daß durch fremden Schaden schlechterdings noch niemand und durch eigenen Schaden nur die klugen Leute klug geworden seien. Er wendet sich bei dieser Gelegenheit gegen die neueste Gesetzgebung in betreff der Actiengesellschaften, wenn er auch zugestehet, daß eben diese Gesetzgebung eine Masse neuer Reichtümer in das Leben gerufen habe. Die Gemeinschaft habe aber auch auf dem ökonomischen Gebiete für ihre Zukunft zu sorgen und dürfe dem Reichtum nicht ihre höheren Interessen opfern. Noch viel entschiedener jedoch sei die Dazwischenkunft des Staates gerechtfertigt, wo es sich nicht allein um Fragen des heutigen oder künftigen Reichthums, sondern um die Erlangung des Reichthums durch Opfer an Bildung, Sitte und Menschenleben handle, wo also das natürliche Verhältnis des niederen und höheren Werthes geradezu auf den Kopf gestellt werde. „Hier ist die Intervention des Staates nicht bloß erlaubt, nicht bloß Pflicht, sondern ihre Unterlassung ist Frevel. Hier läßt sich auch nicht sagen, daß vorübergehende Uebelstände sich nach erzieltm Gegenstande wieder ausgleichen und herstellen lassen. Einen Geldverlust kann man wohl mit Zinsen wieder hereinbringen, aber einen verhungerten oder verkommenen Menschen nicht wieder zum

## Feuilleton.

### Der russische Adel.

Aus einem englischen Werke von Herbert Barry: „Das heutige Rußland,“ worin das oberflächliche Buch, welches Dixon über Rußland geschrieben, mit großer Schärfe gezeigelt wird, theilen wir nachstehendes Bruchstück mit:

„Die höhere Aristokratie Rußlands ist eine verbrauchte und unnütze Race. Obschon die großen Herrn eine sonst sehr sorgfältige Erziehung empfangen, besitzen wenige von ihnen reellen Werth. Fliegend sprechen sie alle mehrere Sprachen, sie grüßen mit einer Anmuth, die einem Tanzmeister Ehre machen würde; sie haben gute Manieren und reden das Kaukasische der feinen Welt; sie verstehen sich außerordentlich auf Weine, Pferde und Schauspiele; sie sind Epikuräer, was Tafel und Toilette betrifft, aber es ist nichts Ernsthaftes in ihnen, sie sind nicht Männer; eine Reihe ausschweifender und frivoler Generationen hat die Race entnerot. Von der Wiege auf in Luxus und Weichlichkeit aufgewachsen, behalten sie weibliche Gewohnheiten ihr Leben hindurch. Ihre Kinder sind wahre

Puppen, lächerliche, kleine Hampelmänner, die beim kleinsten Regentropfen für ihre Lackstiefel und schönen Kleider zittern. Wenn ich an das gesunde, kräftigende Leben eines englischen Schülers denke, so empfinde ich Mitleid mit den armen, kleinen Geschöpfen, die ich die Straßen entlang trappeln sehe, hinter sich eine Gouvernante, die ihnen unaufhörlich Anstand predigt. Die Knaben gleichen den Mädchen so sehr, daß sich über die letztern nichts besonderes sagen läßt, es wäre denn, daß sie alle Fehler ihrer Brüder noch übertreiben.

Kurz, die hohe Aristokratie bildet eine frivole und unsittliche Gesellschaft, eine Art schwarzen Auswuchses am sozialen Körper. Unter dem Kaiser Nikolaus waren alle jungen Leute gehalten, unter irgend welchem Titel dem Staat zu dienen; jetzt ist das freilich nicht mehr obligatorisch, obschon die Reuter, die von der Regierung abhängen, nur mit den Söhnen vornehmer Familien besetzt werden. Besonders gerne treten sie in die Garde. Ihr Dienst besteht darin, eine schöne Uniform zu tragen, auf den Plätzen St. Petersburgs Soldaten zu spielen und sich zu amüsieren. Die letzte Beschäftigung ist die mühsamste. Man trifft sie massenhaft an allen Vergnügungsorten; wie sollte man ohne sie in der Oper, im Concert, beim Ball auskommen?

Diese verzogenen Kinder des Glücks haben eine liebenswürdige Seite des Charakters: man kann unmöglich bessere Gesellschafter finden. Uebermüthig gegen ihre Landsleute, sind sie Fremden gegenüber freundlich und zuvorkommend, auch sind sie bis zu einem gewissen Punkt wohl unterrichtet, d. h. sie wissen genau die Kleinigkeiten, welche für sie den eigentlichen Kern des Lebens ausmachen. Die Vorgänge im Jockeyklub und der Oper sind in ihren Augen die einzig interessanten. Fast alle spielen vortrefflich Karten, aber Auskunft über die Alterthümer des Landes, über seine Geschichte, seine Colonien, seine innern Hilfsquellen darf man von ihnen nicht fordern. Sie würden ebenso verlegen um eine Antwort sein, wie eines Tages ein Postillon, den ich nach einem Erdwerk fragte, das von den Tartaren vor Alters in der Nähe von Kosloff errichtet worden war. Der Mensch fuhr an ihm alle Tage vorbei und seine Vorfahren hatten, wahrscheinlich unter der Krute, daran gearbeitet. Es handelte sich um eine lange, sehr niedrige Brustwehr mit einem Graben davor, und so augenscheinlich ein Werk von Menschenhand, als wäre er von Ziegeln gewesen. Doch mein Postillon wußte nichts darüber zu sagen, als: Es ist ein Hügelchen.

(Schluß folgt.)

Leben erwecken, und eine versäumte Etappe in der sittlichen und Kulturentwicklung ist unwiederbringlich versäumt."

Endlich kommt Redner auf die prinzipielle Unantastbarkeit des Privateigentums zu sprechen. Hier verwechselten die Gegner der Staatseinkommensreform zwei sehr verschiedene Dinge, nämlich die Heilighaltung der nach den bestehenden Gesetzen eingegangenen Rechtsverhältnisse und die Befugnis des Staates zur Umgestaltung der bestehenden Gesetze über das Grundrecht. An der ersteren sei kein Mittel erlaubt, aber auch die letztere sei über jeden Zweifel erhaben. Sie werde auch ausdrücklich und formell von keinem Menschen bestritten, und sehr eifrige Anhänger des extremen Individualismus fänden sich z. B. heute unter den wärmsten Vorkämpfern des Antrages Koster für ein neues deutsches Gesetzbuch.

Professor v. Sybel schließt seinen Vortrag mit folgenden Worten;

„Ich möchte nun nicht, daß irgend jemand in Deutschland lebe, dem die Heiligkeit wohlverworbener Rechte mehr am Herzen läge als mir. Die Befugnis des Menschen, sachliche Güter dieser Erde seinem Willen bleibend zu unterwerfen, ist die Bedingung aller Bildung, die Voraussetzung alles Wohlstandes, die Grundlage aller Freiheit. Nur ist es deutlich, daß, wenn das Eigentum in abstracto seine unverteilbare Wurzel in der allgemeinen Natur des Menschen hat, in concreto seine jedesmaligen Formen und Grenzen von dem jedesmaligen Bedürfnis und Bildungsgrade des Volkes abhängen, daß hier durch die Gesetzgebung zu allen Zeiten ein steter Wechsel, eine fortschreitende Entwicklung stattgefunden hat und daß schlechterdings kein Grund vorhanden ist, warum heute diese Entwicklung plötzlich abgeschnitten und die heutige juristische Form des Eigentums die alleinseligmachende für alle Zeiten sein soll.“

Der Kulturfortschritt hat im allgemeinen darin bestanden, daß aus einem ursprünglichen Gesamteigentum Schritt auf Schritt ein immer freieres Privateigentum sich herausgebildet hat, wohl gemerkt aber unter parallel wachsenden Anforderungen an die Leistungskraft der Einzelnen zu Gunsten der Gesamtheit. Die Zeit verstattet nicht, diese Entwicklung im einzelnen darzulegen: an sich wird es klar sein, wie sehr das eine und das andere ein redendes Zeugnis von dem Vorschreiten der Bildung enthält. Der Fortgang auf dieser Linie führt uns augenscheinlich nicht zum Communismus, nicht zur Aufhebung des Privateigentums — wohl aber zu der Befreiung seiner Verpflichtung im Dienste der nationalen Gesamtzwecke. Der Staat wird das Eigentum pflegen und schützen, aber er wird auch unbedenklich das Eigentum nöthigen, die für das Gesamtwohl erforderlichen Schranken, Formen und Leistungen auf sich zu nehmen.“

## Politische Rundschau.

Katbach, 5. Dezember.

**Ungarn.** Der Ministerpräsident Fürst Auersperg weilt in Prag und benützt seine Anwesenheit daselbst wegen des Landtages, um die böhmischen Großgrundbesitzer und die hervorragenden Abgeordneten des böhmischen Landtages in die Prinzipien der Wahlreform einzurichten. Hoffentlich werden die letzteren nicht lange mehr ein Geheimnis bleiben. Ein officiöser Correspondent des „Besti Naplo“ läßt sich über das Thema von der Stellung, welche in dem ministeriellen Entwurfe den Großgrundbesitzern zugewiesen, in folgender Weise vernehmen:

„Von allem Anbeginne an wurde der Grundsatz aufgestellt und auch vom Ministerium acceptiert, daß die Wahlreform ein Erfordernis der Politik und nicht des Liberalismus sei oder als eine Concession an die Demokratie betrachtet werden könne, da man nur in diesem Falle auf die Billigung der verschiedenen Schattierungen der Versassungspartei zählen kann. Die unmittelbarste und nothwendigste

Consequenz war demnach, daß die in dieser Hinsicht auftauchenden Interessen in gleichem Maße in Betracht gezogen wurden, und dem entsprach auch die Beibehaltung des bisherigen Gruppensystems und des Wahlsensus.“ Hoffen wir, daß die parlamentarische Behandlung des Gesetzentwurfes dem Liberalismus denn doch noch irgend ein Altesstübchen in dem Gebäude der Wahlreform einräumen werde.

Die Neubildung des ungarischen Cabinets kann als vollendet angesehen werden. Mit Ausnahme des von dem nunmehrigen Ministerpräsidenten v. Szlavy innegehabten Portefeuilles des Handels, das nach übereinstimmenden Berichten Graf Josef Zichy, Gouverneur von Fiume, übernehmen soll, sind sämtliche Ressorts durch die bisherigen Minister besetzt — eine Wendung der Verhältnisse, wie sie sich nicht schärfer gegen Vonyay lehren konnte. Die Nachrufe in der wiener und pester Presse, die dem guten Grafen gewidmet werden, klingen wenig sympathisch; die deakistischen Blätter stehen noch unter den Nachwirkungen seiner oft gefühlten Macht. Die Oppositionspresse dagegen freut sich des Sturzes offen und aufrichtig und begrüßt Szlavy's Cabinet mit auffallender Freundschaft.

**Ausland.** Der nun vollzogene Paarschub wird als ein Sieg des Grafen Eulenburg gegenüber den sich auf die Seite der Herrenhaus-Majorität stellenden Mitgliedern des Ministeriums Graf Roon, v. Selchow und Graf Tzenplitz, bezeichnet. Nur nach langem Schwanken und nachdem die übrigen Minister ihre Demission angekündigt hatten, scheint sich der Kaiser entschlossen zu haben, dem Andrängen des Kriegsministers entgegenzutreten und seines früher gegebenen Wortes eingedenk zu bleiben. So hat sich denn diese für die innere Entwicklung Preußens und Deutschlands so wichtige Frage zu einer Krisis gestaltet, die selbst das Ministerium mit ergriff, aber noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden kann. Bereits verlautet, daß Graf Roon, der in besonders prononcierter Weise gegen die Kreisordnung und den Minister des Innern aufgetreten ist, nach der Entscheidung des Kaisers seine Entlassung aus „Gesundheitsrücksichten“ genommen habe, als dessen Nachfolger die Generale Kamecke und Bose bezeichnet werden. Immerhin würde dadurch ein enträgelter Feind jeder liberalen Strömung beseitigt und das Gewicht des Kriegsministers, welches Graf Roon vermöge seiner Dienste bei dem Kaiser ausübte, bedeutend herabgemindert.

Die Liste der neuernannten Paars enthält, wie bereits früher angedeutet wurde, vorzugsweise hohe Beamte. Wir finden in derselben fünf Generale, vier Gesandte, acht Beamte vom Civil und einem Militärbeamten, vier Gutbesitzer, zwei emeritirte Minister und zwei Finanzmänner. Es sind darunter Namen von Klang und Bedeutung, wie die der Generale Herwarth und Steinmey, des Ministers der neuen Aera, Batow, des Ministerialdirectors Philippborn und Postdirector Stephan. Aber entschieden liberale Namen enthält die Liste nicht, vielmehr sind einzelne darunter, wie Steinmey und von der Heydt, die sich stets conservativ gezeigt haben. Da sie aber über Abstimmung in der Kreisordnungsfrage vorher eine Garantie haben geben müssen, so werden sie auch als Offiziere und Beamte, die aus Gehorchen gewöhnt sind, dem Commando, welches ihnen vom Ministerium gegeben wird, Folge leisten. Aber weitere Ausichten und Hoffnungen an diese Paarsliste zu knüpfen, würde zu sanguinisch sein. Die weiteren Verhandlungen werden bald genug beweisen, daß die Opposition des Herrenhauses sich vor dieser Maßregel nicht beugt, geschweige denn durch sie gebrochen ist.

Daß in Frankreich Royalisten und Kerice alle ihrer Niederlage mit Entschlossenheit ihre Opposition fortsetzen, schreibt man dem Umstande zu, daß dieselben nach den Instructionen handeln, die ihnen vom Grafen Chambord und vom päpstlichen Hofe zugegangen seien und welche

ihnen lauten sollen, Thiers unter allen Umständen zu stürzen. Es heißt sogar, Thiers habe die vollständigen Beweise über diese Umtriebe in Händen. Dessenungeachtet aber sind die Royalisten doch entmuthigt und glauben nicht, daß es ihnen vorderhand gelingen würde, sich an die Gewalt zu bringen, wenn sie auch fest entschlossen sind, sich durch nichts abschrecken zu lassen, um gegen Thiers zu wirken. Daß die Abstimmung nicht gegen Vefranc, sondern gegen Thiers gerichtet war, liegt auf der Hand. Um mehr Einheit in ihre Opposition zu bringen, werden die dreihundertfünfunddreißig Legitimisten, Orleansisten und Bonapartisten einen großen gemeinschaftlichen Verein bilden.

Am 3. Dezember erfolgte in Washington die Congreßeröffnung. Die Präsidentenbotschaft sieht nirgends eine Friedensbedrohung, hebt die freundschaftlich geschlichteten Differenzen hervor, dankt dem deutschen Kaiser und den Schiedsrichtern für die mühevollen Arbeit, betont die besondere Freundschaft mit Frankreich, Rußland und Deutschland und die freundschaftlichsten Beziehungen zu den andern Mächten. Die wiener Weltausstellung wird die Civilisation fördern und das gute Einvernehmen der Nationen erhöhen. Die Botschaft lobt Suarez, hofft von der weisen Regierung des neuen Präsidenten in Mexico das Aufhören der Grenzbeunruhigungen. Der Aufstand auf Cuba ist hoffnungslos, dessen Hauptursache ist die Beibehaltung der Sklaverei durch die Spanier.

## Vocal- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Vocal-Kronik.

— (Neunte Landtags-Sitzung.) Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Minuten eröffnet. Nach Verlesung des Protokoll der letzten Sitzung und dessen Genehmigung übergibt Dr. Rozlag das Gesuch der in Agram studierenden Slovenen um eine Unterstützung aus Landesmitteln; — wird dem Finanzausschusse zugewiesen. B. Supan übergibt ein Gesuch, betreffend die Berücksichtigung des Loder-Bahnprojectes von Seite des hohen Landtages; — wird im Hinblick, als dieses Gesuch die materiellen Interessen des Landes betrifft, dem Finanzausschusse zugewiesen. Dr. Ritter v. Savinschegg übergibt das Gesuch des kroatischen Ausschusses Kranken-Unterstützungsvereines um eine Unterstützung; — wird dem Finanzausschusse zugewiesen. Es kommt dann eine Interpellation des Dr. Savinschegg und Genossen zur Verlesung, welche die Regierung auffordert, selbe möge im Einvernehmen mit der kroatischen Regierung den Bau einer Brücke über den Kulpasfluß bei Weintz und Gräble veranlassen, welcher die Grenze gegen Kroaten bilde und auf einer Strecke von 11 Meilen keine Brücke besitze, so daß bei Hochwasser, wo auch die paar Uebersuhren (Plätten) nicht practicabel, die angrenzenden Bewohner oft einen Umweg von neun Stunden machen müßten, wo die directe Verbindung eine halbe Bestunde beirage. Der Landespräsident verspricht diese Interpellation in einer der noch übrigen zwei Sitzungen zu beantworten. Die in der Sitzung vom 25. November gestellte Interpellation des Dr. Suppan und Genossen wegen der zwangsweisen Stenerentreibung in den Steuerbezirken Feistritz beantwortet der Landespräsident dahin, daß auf das Gesuch der betreffenden Gemeinden das Finanzministerium Erhebungen angeordnet habe, welche Gemeindeangehörigen zahlungsunfähig seien, und demgemäß Erleichterungen und Steuerabreibungen bewilligte. Specielle Weisungen, mit den Stenerentreibungen energisch vorzugehen, seien nicht erlassen, Futtervorräthe würden nie gepfändet, insoweit sie den Hausbedarf nicht überstiegen, mit einer besonderen Härte sei nirgends vorgegangen worden. Die gebotenen Erleichterungen seien den Gemeinden überhaupt jederzeit zugewendet worden; im gegenwärtigen Jahre namentlich sei die Ernte nicht ungünstig ausgefallen und wegen der im Bezirke in der Ausführung begriffenen Bauten der Verdienst der Bevölkerung ein bedeutender. Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen. Dr.

Pollak begründet seinen Antrag auf Erlassung einer Resolution zu Gunsten der Lacker und gegen die Predil-Eisenbahnlinie. Neue Argumente bringt Redner für das in unsern Organen vielbesprochene und ungemein dankbare Thema nicht vor, wir können uns daher der Mühe überheben, seinen mühsamen Ausführungen zu folgen. Sein Antrag wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschusse überwiesen. Sodann begründet Herr Kosler seinen Antrag, der Landtag möge sich als Ausschuss constituieren und jene Paragraphe des Grundsteuer-Regulierungsgesetzes, welche geeignet seien, eine verderbliche Rückwirkung auf das Wohl des Landes Krain zu üben, einer Verathung unterziehen. Sein Antrag wird angenommen. — Als dritter Gegenstand steht auf der Tagesordnung der Bericht des Schulausschusses über den Gesetzentwurf wegen Regelung der Beiträge von Verlassenschaften für den Normalstudienfond. Derselbe wird entsprechend den Anträgen des Landesauschusses angenommen. Bloss § 2 werden die Aenderungsanträge des Schulausschusses, namentlich bei einem reinen Verlasse bis einschließlich 1000 fl.  $\frac{1}{2}$  Perzent, bei einem reinen Verlasse über 1000 fl.  $\frac{1}{2}$  Perzent, von allen übrigen Verlassenschaften aber die Gebühr mit 1 Perzent zu bemessen ist, trotz der anders lautenden Wünsche des Regierungsvertreters angenommen. — Der nächste Gegenstand, der Bericht des Landesauschusses, betreffend die Bewilligung eines Beitrages aus Landesmitteln für die Uferschuttbauten am rechten Savener ober Krainburg, wird ohne Debatte angenommen und 1000 fl. zu dem genannten Zwecke bewilligt. Es erfolgt der Bericht des Finanzausschusses über Petitionen und Gesuche. Dieselben werden meist zustimmend erledigt. Dem landwirtschaftlichen Buchhalter wird seine Personalszulage von 100 fl. auf 200 fl. erhöht. Dem Buchhaltungs-official aber erst über Antrag und eingehende Begründung des Abg. Kromer die Erhöhung seines Gehaltes von 900 fl. auf 1000 fl. zugesprochen, dem Primararzt Pestonil seine im Staatsdienste zugebrachten Dienstjahre bei der Pensionsbemessung eingerechnet. Der Gemeinde Semic, welche an empfindlichem Wassermangel leidet, wird eine Beihilfe von 1500 fl. zum Baue einer Cisterne bewilligt. Bei diesem Punkte macht Abg. Dr. v. Savinschegg den Antrag, es möge auch anderen Districten am Karst, welche an periodischer Dürre und Wassermangel leiden, eine staatliche Subvention gewährt werden. Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die zur Landwirtschaft nöthigen Thiere leiden empfindlich unter dieser Calamität. Die Terrainanschwellung sei eine lang ausgehende, eine Bevölkerung von 12 000 Menschen leide empfindlich, weil die Cisternen theils sehr mangelhaft angelegt, theils in zu geringer Anzahl vorhanden seien. In der Gegend von Tschernembl gebe es unterirdische Wasserläufe; zu diesen zu gelangen und sie für die Bevölkerung nutzbar zu machen, sei der Hauptzweck des Ansuchens um eine Subvention. In einer Ausdehnung von 15 Geviertmeilen über Seisenberg, Gottschee, Reisenberg erstreckte sich die wasserarme Gegend. Jede wirtschaftliche Entwicklung werde durch den Wassermangel gehemmt, viel Arbeitskraft gehe dadurch verloren, daß man das unentbehrliche Wasser stunden-, oft meilenweit herbeiholen muß; der Gesundheitszustand bei Menschen und Vieh müsse darunter leiden. Die Bevölkerung sei eine strebsame, zahle redlich ihre Steuern und Abgaben zum besten des Landes, sie habe also ein Recht, daß das Land und der Staat etwas ihue, um ihrer Noth abzuhelfen. Er beantrage darum, nicht bloss der Gemeinde Semic, sondern allen an Wassermangel leidenden Gemeinden seien Unterstützungen zu gewähren; die Regierung aber solle eine Enquete anordnen, um die Mittel und Wege, wie dem Wassermangel zu steuern, wie Cisternen und Viehtränken anzulegen wären, zu berathen. Der Antrag wird angenommen. Um Volksschullehrern, Gemeindefleuten und Landwirthen den Besuch der wiener Weltausstellung zu ermöglichen, werden 1500 fl. für die Ausstellungscommission in Krain bewilligt. Kromer berichtet sodann im Namen des Finanzausschusses über die Eingabe der hiesigen Oerreal-school-Direction,

wegen Beischaffung der nöthigen Einrichtung für das neue Realschulgebäude. Das Land habe sich jahrelang in größter Verlegenheit befunden wegen Unterbringung der Realschule; da sei plötzlich ein Ketter in der Noth erschienen. Die laibacher Sparkasse sagte dem Beschlusse, auf ihre Kosten ein zweckentsprechendes Gebäude herzustellen, und nach zwei Jahren schon siehe dasselben nahezu vollendet da, ein wahrer Prachtbau, eine würdige Heimstätte für Kunst und Wissenschaft. Lehrer und Schüler sehnen sich gleichmäßig, die alten beschränkten Räume zu verlassen und in dem neuen Gebäude den Tempel der Wissenschaft aufzuschlagen. Die Direction stelle daher das Ansuchen um Beischaffung der erforderlichen Einrichtungsstücke für das nächste Schuljahr. Vorläufig könne der Landtag nicht auf dasselbe eingehen; er könne nur der Direction der Sparkasse für die schnelle Inangriffnahme und rasche Vollendung des Baues seinen wärmsten Dank aussprechen. Für die Beischaffung der Einrichtung müsse eine Vereinbarung getroffen werden zwischen der Vertretung der Landeshauptstadt und der Direction der Sparkasse, damit die Einrichtungsstücke ihrem Zwecke entsprechend und dem herrlichen Baue angemessen beschafft werden können. Der Finanzausschuss stelle daher folgende Anträge: a) Gegenüber der Krain. Sparkasse für die schnelle Inangriffnahme und rasche Vollendung des Baues der Oerreal-school sei der wärmste Dank, zugleich aber auch die Erwartung auszusprechen, selbe werde auch künftighin ihre Opferwilligkeit beibehalten und das neue Gebäude unter billigen Bedingungen dem Lande überlassen; b) die Direction sei um baldige Bekanntgebung dieser Bedingungen zu ersuchen und der bezügliche Vertrag im Namen des Landes rechtsverbindlich abzuschließen; c) der Voranschlag wegen der Einrichtung sei im Einvernehmen mit der Direction der Sparkasse und der Vertretung der Landeshauptstadt, welche ein Drittel der Kosten zu tragen habe, rechtzeitig einzuleiten. Sämmtliche Anträge werden angenommen. Zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung, „Bericht des Petitionsausschusses über das Gesuch an Se. Majestät den Kaiser um Begnadigung von 60 wegen Verbrechen des Aufstandes verurtheilten Oertrinsfossen von Studor und Althammer,“ ergreift Graf Thurn das Wort, um dem Hause die Annahme des Antrages auf Absendung eines Begnadigungsgesuches an Se. Majestät zu empfehlen. Nachdem auch Dr. Rozlag dasselbe befürwortet, wird der Antrag einstimmig angenommen. (Schluß folgt.)

(Die Adresse,) welche Dr. Bleiweis im Namen der Landtagsmajorität an den Kaiser zu erlassen beantragt, wurde von den Abgeordneten Herren Kosler, Dr. Rozlag, Svetec und Zagorec nicht unterfertigt.

(Humane Spende.) Herr Dr. Josef Ritter v. Savinschegg hat dem krainischen Anstaltsbeamten-Kranken-Unterstützungsvereine eine Staats-schuldverschreibung pr. 50 fl. gespendet.

(Lehrerverein.) Der „krainische Lehrerverein“ hat sich nun constituirt und begann seine Wirksamkeit im Sinne der neuen Schullehre. Bei der unlängst stattgefundenen Wahl in die Vereinsleitung wurden gewählt die Herren: v. Gariboldi zum Obmann, Belar zu dessen Stellvertreter, Sima zum Schriftführer, Eppich zum Kassier, Director Grovat, Professor Vinhart, Musiklehrer Nedved, Lehrer Mastelj und Anstaltsinhaber Waldherr zu Ausschüssen. Die Probe Nummer der Vereinszeitschrift, welche nach Neujahr monatlich zweimal, und zwar jedesmal einen Bogen stark, herausgegeben werden wird, erscheint in Bälde. Ordentliche Mitglieder des Vereines werden das Vereinsorgan unentgeltlich erhalten.

(Ein gewisser B. L. aus Laibach,) wiederholt wegen Schwindeleien und Gelderpressungen gerichtlich bestraft, versucht, wie die „Tr. Zig.“ meldet, vorgestern einer in Via del Belvedere in Triest wohnhaften Dame Geld zu erpressen. Er wurde durch einen S. W. Inspector festgenommen.

(Predilbahn.) Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Wir brachten gestern eine Nachricht über

die von der Regierung demnächst dem Reichsrathe zu unterbreitenden Eisenbahnvorlagen und nannten unter denselben auch die Predilbahn. Wie uns heute gemeldet wird, ist es nun allerdings richtig, daß eine Vorlage über das Predilproject erfolgen wird; unentschieden ist aber noch immer, ob die Regierung auch fernerhin für diese Bahn einzustehen gesonnen ist. Vor kurzem noch hieß es, daß die Regierung gleichzeitig mit den Studien über die Arbergbahn auch die Predilbahn einer neuerlichen gründlichen Untersuchung unterzogen habe und mit dem Resultate dieser Studien vor den Reichsrath zu treten beabsichtige; seitdem aber ist es in den Regierungsblättern über diese Angelegenheit stille geworden, und es ist demnach sehr zu befürchten, daß in der diesjährigen Session abermals keine Entscheidung über diese für die Monarchie so überaus wichtige Linie erfolgen wird. Wir besorgen fast, daß der Handelsminister heute selbst über den Standpunkt, den er in der Predilfrage einzunehmen hat, mit sich nicht im Reinen ist; eine Entscheidung, die bei österreichischen Handelsministerien nicht zu den überraschenden gezählt werden darf.“ Wir können nur wünschen, die Befürchtungen der „N. Fr. Pr.“ mögen sich bewahrheiten.

(Als „postzwangspflichtig“ vom Transporte mittelst Eisenbahn ausgeschlossen.) Das k. k. Handelsministerium hat mittelst Erlaß vom 16. November die österreichischen Eisenbahnverwaltungen aufgefodert, den Passen der gemeinschaftlich zum neuen Betriebsreglement hinausgegebenen Dienstvorschrift über die Definition der postzwangspflichtigen Güter dahin richtig zu stellen, daß „postzwangspflichtig“ in Oesterreich-Ungarn sind: 1. Briefe, zu denen überhaupt alle schriftlichen, an abwesende Personen gerichtete Mittheilungen oder Nachrichten gezählt werden. — 2. Periodische Schriften, z. B. Journale, Zeitungen in Blättern oder Heften, ohne Unterschied des Gehaltes, wenn seit deren Herausgabe noch nicht 6 Monate verfloßen sind. Ausgenommen vom Postzwange ist der Transport von Zeitungen in ganzen Ballen oder Kisten (Colli), wenn die bezüglichen Frachtstücke nur an einen einzelnen Empfänger gerichtet und darin keine Beischlüsse gleichen oder sonst dem Transport durch die Post vorbehaltenen Inhalts mit der darauf ausgedrückten Bestimmung für andere Adressaten enthalten sind.

(Zum Gebet!) In den Heerschaaren der Ultramontanen ertönt das Commando: „Zum Gebet!“ und der 8. Dezember ist die Lösung. Es ist das nämlich jener Tag, an welchem der Paps den historischen Irrthum von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria zum Dogma der katholischen Kirche erhoben hat — ein Dogma, das von vorurtheilsklofen Katholiken in eine Kategorie mit den Unsehlbarkeitsdogma gestellt wird. Zum Andenken an diese päpstliche That soll nun am 8. Dezember möglichst viel gebetet werden, und ein frommes Comité sammelt die Namen der frommen Beter, um mit einer Liste derselben dem Paps eine ebenso große, als billige Freude zu machen. Und zwar müssen die frommen Beter ihre Namen an Ihre Durchlaucht die Fürstin zu Löwenstein in Seebenstein über Pitten, oder direct nach Rom an Frau Gräfin Pauline Solm (Via dell'Umiltà 36/2) einschicken. Man sieht, auch wir dienen dem frommen Zweck; für den Paps beten können wir nicht, aber zum wenigsten theilen wir jenen, die's thun wollen, mit, an welche Damen sie sich zu diesem Behufe zu wenden haben. Zum Gebet!

### Volkswirtschaftliches.

(Die Nationalbank und der Rees-compte.) Nicht um die Nationalbank zu überzeugen — dies wäre eitles Beginnen — sondern um unsern Standpunkt vor Miedeutungen zu wahren, kommen wir auf die Frage des Reescompte der hiesigen Bankinstitute zurück. Inländische Oberflächlichkeit und ausländisches Verkennen unserer abnormen Verhältnisse haben uns nämlich die abgedrohte Belehrung eingetragen, daß die Bank mit allem Zug „Finanzwechsel“ vom Reescompte zurückweise, daß ferner alle Bankin-

